



LE GOUVERNEMENT
DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG
Ministère du Développement durable
et des Infrastructures

Département de l'environnement

Climate Policy Lab (15. März 2018)

Bericht

Bericht des „Climate Policy Lab“

Im Rahmen des Klimaplanes sollen erste Elemente der zukünftigen Governance/Steuerung der Luxemburger Klimapolitik vorgelegt werden. Zur Vorbereitung fand am 15. März 2018 das Climate Policy Lab statt an dem rund 50 Vertreter aus Behörden, Berufskammern und Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Forschung und Wissenschaft sowie Teilnehmer des Climate Innovation Lab teilnahmen.

Im einführenden Vortrag über die Governance wurden die entsprechenden Mechanismen auf internationaler und europäischer Ebene beleuchtet sowie drei sich daraus ergebende, entscheidende **Voraussetzungen für eine erfolgreiche Governance der Luxemburger Klimapolitik** erläutert:

- Anerkennung der gemeinsamen Herausforderung und der gemeinsamen Chancen,
- Anerkennung der geteilten Verantwortung für die zu erbringenden Leistungen seitens der Behörden (Ministerien und Kommunen), der Wirtschaft und der Gesellschaft,
- Koordinierte und integrierte Zusammenarbeit zwischen allen Akteuren und Ebenen.



Im Anschluss an die einleitende Plenarsitzung wurden die Teilnehmer in vier Gruppen aufgeteilt, um in einem Ko-Kreationsprozess die jeweils fünf wichtigsten Grundprinzipien / Grundeigenschaften, auf denen die zukünftige Governance der Luxemburger Klimapolitik aus ihrer Sicht beruhen soll,

auszuarbeiten. Zur Vorbereitung auf die Gruppenarbeit konnte jeder Teilnehmer seine Anforderungen an die Governance der Klimapolitik vorstellen. Soweit möglich wurden diese Anforderungen anhand von Beispielen von Governance-Prozessen/Strukturen erläutert. Die Gruppenarbeit endete mit der Sammlung erster Ideen zur Gestaltung der Governance der Klimapolitik, welche teilweise schon während den vorangegangenen Schritten identifiziert wurden.

Während der abschließenden, moderierten Vorstellung und Diskussion der Ergebnisse aus den vier Gruppen wurden die von den Gruppen zurückbehaltenen Grundprinzipien / Grundeigenschaften zusammengeführt und gruppiert. Hieraus ergaben sich die folgenden **Grundprinzipien / Grundeigenschaften, auf denen die zukünftige Governance der Luxemburger Klimapolitik aus Sicht der Teilnehmer beruhen soll:**

1. Übergeordnetes qualitatives und quantitatives Leitbild für die Klimapolitik (Alle vier Gruppen haben mindestens ein Prinzip festgehalten das in dieses Bündel passt. Das Prinzip erhielt 9 Stimmen.). Das Leitbild ist zur Orientierung des Governance-Prozesses und seiner Teilnehmer von großer Relevanz. Aus dem Leitbild soll die Klimapolitik als prioritäre, horizontale und gemeinsame Aufgabe hervorgehen mit geteilten Lasten und Nutzen. Hier der Wortlaut aus den Gruppen:
 - a. Klimaziel als übergeordnete Priorität
 - b. Vision: ein gutes Leben innerhalb der planetarischen Grenzen (langfristig)
 - c. Mission: 1,5°C Ziel mit entsprechender Verantwortungsteilung
 - d. „Transversal approach to common objectives“ (horizontaler Ansatz für gemeinsame Ziele)
 - e. Think big: über Grenzen hinaus schauen / denken und nationaler Rahmen zur Regelung / Strukturierung (Top-Down-Prinzip)
2. Kooperatives Agieren (Drei der vier Gruppen haben mindestens ein Prinzip festgehalten das in dieses Bündel passt. Das Prinzip erhielt 18 Stimmen.) Aufgrund des transversalen Charakters der Klimapolitik sollen alle Akteure auf gerechte und ausgewogene Weise beteiligt werden. Dabei müssen die Verantwortlichkeiten klar geregelt werden. Hier der Wortlaut aus den Gruppen:
 - a. Implikation aller Akteure (Staat, Gemeinden, Industrie, NGOs, Bürger, usw.)
 - b. Partizipation durch Chancengleichheit auf allen Ebenen und mit allen Beteiligten (Bürger, Politik, Wirtschaft, Handwerk, Landwirtschaft, usw.)
 - c. Organisation: Multi-Stakeholder (private und öffentliche Akteure; Zivilgesellschaft inkl. Bevölkerung, Gewerkschaften, NGOs) mit „comité de suivi stratégique“, „Task force“ und „Think tank“
 - d. Klärung und Zuordnung der Verantwortlichkeiten
3. Transparenz (Drei der vier Gruppen haben mindestens ein Prinzip festgehalten das in dieses Bündel passt. Das Prinzip erhielt 19 Stimmen.). Die Klimapolitik soll für alle Beteiligte transparent und offen sein, und die Daten sollen nachvollziehbar sein. Hier der Wortlaut aus den Gruppen:
 - a. Transparenz auf allen Ebenen
 - b. Transparenz: Kommunikation, Dialog, „reporting“ (Berichterstattung), „accountability“ (Rechenschaftspflicht)
 - c. „Science and result based“ (basierend auf Wissenschaft und robusten Daten/Fakten sowie ergebnisorientiert)



4. Kohärenz (Drei der vier Gruppen haben mindestens ein Prinzip festgehalten das in dieses Bündel passt. Das Prinzip erhielt 17 Stimmen.). Alle betroffenen Politiken sollen kohärent mit der Klimapolitik aufgestellt werden. Hier der Wortlaut aus den Gruppen:
 - a. Kohärenz der Politiken
 - b. Kohärenz im Klimaschutz
 - c. „Climate related financial risk assessment“ (klimarelevante finanzielle Risikoeinschätzung)
 - d. « Principe pollueur-payeur » (Verursacherprinzip)
5. Offenheit und Anpassungsfähigkeit (Zwei der vier Gruppen haben ein Prinzip festgehalten das in dieses Bündel passt. Das Prinzip erhielt 4 Stimmen.). Die Klimapolitik soll offen und anpassungsfähig sein, u.a. für Innovationen aus der Gesellschaft. Sie soll Flexibilität innerhalb vorgegebener Grenzen zulassen. Hier der Wortlaut aus den Gruppen:
 - a. Offenheit („Silo busting“): vernetztes Denken, anpassungsfähig für Innovation, inklusiv für alle
 - b. „Voluntary and mandatory measures“ (freiwillige und obligatorische Maßnahmen)
6. Gemeinwohlökonomie (Dieses Prinzip wurde von einer Gruppe festgehalten und erhielt 14 Stimmen.) Die Gemeinwohlbilanz soll als Steuerungsinstrument in der Gesellschaft eingesetzt werden und kann u.a. Ströme in Unternehmen nachvollziehbar machen. [Auszug aus Wikipedia: Als Gemeinwohl-Ökonomie werden seit den 1990er Jahren verschiedene Konzepte und alternative Wirtschaftsmodelle bezeichnet, die eine Orientierung der Wirtschaft am Gemeinwohl, Kooperation und Gemeinwesen in den Vordergrund stellen. Auch Menschenwürde, Solidarität, ökologische Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit und demokratische Mitbestimmung („Partizipation“) werden als Werte der Gemeinwohl-Ökonomie bezeichnet. Die Gemeinwohl-Ökonomie soll eine Systemalternative zu Marktwirtschaft und Planwirtschaft sein - zum Teil auch deren Synthese. Anhand von Kriterien ... können Unternehmen eine Gemeinwohl-Bilanz erstellen. / Economy for the Common Good is a social movement advocating for an alternative economic model. It calls for working towards the common good and cooperation instead of profit-orientation and competition.]

Zur transparenten Darstellung der Hauptergebnisse der Gruppenarbeiten, hier die Top 5 Grundprinzipien / Grundeigenschaften aus den jeweiligen Gruppen:

Team 1

1. Transparenz auf allen Ebenen
2. Klärung und Zuordnung der Verantwortlichkeiten
3. Kohärenz im Klimaschutz
4. Implikation aller Akteure (Gemeinden, Bürger, NGOs, Industrie, Staat, usw.)
5. Klimaziel als übergeordnete Priorität

Team 2

1. Vision: ein gutes Leben innerhalb der planetarischen Grenzen (langfristig)
2. Mission: 1,5°C Ziel mit entsprechender Verantwortungsteilung
3. Organisation: Multi-Stakeholder (private / public / société civile inkl. Gewerkschaften, NGOs, Bevölkerung, usw.) mit „Think tank“, „Task force“ und „comité de suivi stratégique“
4. Offenheit („Silo busting“): vernetztes Denken, anpassungsfähig für Innovation, inklusiv für alle
5. Transparenz: communication, reporting, dialogue, accountability

Team 3

1. Science and result based
2. Voluntary and mandatory measures
3. Transversal approach to common objectives
4. Climate related financial risk assessment
5. Transparency

Team 4

1. Partizipation durch Chancengleichheit auf allen Ebenen und mit allen Beteiligten (Bürger, Politik, Wirtschaft, Landwirtschaft, Handwerk, usw.) (≠ „money talks“)
2. Gemeinwohlökonomie (cf. Felber) > Steuerungsinstrument in der Gesellschaft und Gemeinwohlbilanz (Einführung in Betrieben über Förderung, Steuervorteile, ...)
3. Principe « pollueur-payeur »
4. Kohärenz der Politiken
5. Think big (Top-Down-Prinzip): über Grenzen hinaus denken / schauen und nationaler Rahmen zur Regelung / Strukturierung („et brauch een Top-Down fir datt dem Bottom-Up net d'Loft ausgeet“)

Darüber hinaus wurden im Rahmen der Gruppenarbeit eine Vielzahl von Anforderungen an die Governance der Klimapolitik sowie Vorschläge zur Gestaltung der Governance und Beispiele von Governance-Prozessen/Strukturen auf den 4 Gruppenpostern zusammengetragen, die ebenfalls für die weitere Ausarbeitung eines Governance-Konzepts nützlich sind. Nachfolgend eine Auflistung dieser Punkte mit Angabe des Teams in Klammern:

Anforderungen an die Governance der Luxemburger Klimapolitik:

- Klimapolitik als horizontale und ehrliche Priorität der gesamten Regierung (1,2,3)
- Kohärenz der Ziele (1,3)
- Ziele müssen bindend für die ganze Regierung sein (1)
- Vereinbarung der Klimaschutzstrategie (1,3)
- Maßnahmen vereinbaren / Aktionspläne ausarbeiten (1,4)
- Alle Sektoren sollen ihren Beitrag leisten / sektorale Ziele (2,3)
- Planungssicherheit gewährleisten (3)
- Koordination und Integration der politischen Entscheidungsprozesse und Akteure (2)
- Koordination aller Stakeholder (4)
- Alle Politikbereiche umfassend und interministerielle Zusammenarbeit (3,4)
- Multidisziplinärer Ansatz (3)
- Alle bestehenden Initiativen zusammenführen um Kohärenz zu gewährleisten (2)
- Erforderliche Mittel/Ressourcen zur Verfügung stellen (1,3)
- Stärkung der erforderlichen Kompetenzen (1)
- Institutionalisierung des Prozesses (politische Legitimität) (2)
- Effizienter Prozess (1,3) / Zeitliche Einschränkungen der Teilnehmer berücksichtigen (4)
- Ergebnisorientierter Prozess (3)
- Platz für neue Elemente während des Prozesses (evolutiv) (2)

- Platz für das schwächste Glied in der Kette (z.B. einkommensschwache Haushalte) / sozial gerecht (2,4)
- Verbindung mit Governance der Nachhaltigkeitspolitik/Agenda 2030 wahren/herstellen (1,4)
- Dezentrale Initiativen unterstützen (einbinden?) (2)
- Glaubwürdigkeit und Integrität (3)
- Monitoring/Bewertung („saubere“ Daten) (1,3)
- Kosten-Nutzen-Analyse der Projekte und Investitionen im Zusammenhang mit sozialen Faktoren, Umweltfaktoren, Ressourcenverbrauch (auch Landverbrauch) aus einer Lebenszyklusperspektive (3)

Erste Ideen zur Gestaltung der Governance der Luxemburger Klimapolitik:

- Legale Basis (Klimaschutzgesetz « loi climat ») mit sektoralen Zielen (1,2)
- KPIs („Key Performance Indicators“) definieren (1)
- Ressortverteilung anpassen (insb. Klima und Energie) (1)
- Staatsminister übernimmt Koordination der Governance (1)
- Für die Governance der Klimapolitik verantwortliche Person / Task force in allen betroffenen Ministerien (1)
- Teilweise offener interministerieller Ausschuss (« comité interministériel partiellement ouvert ») (2)
- Interministerielles, operatives Sekretariat mit genügend Arbeitskapazitäten (im MDDI verankert) (2)
- Einbindung der Gemeinden und der Zivilgesellschaft in allen Phasen (Planung, Umsetzung, Bewertung) und verstärkte Einbindung der Bürger im Klimapakt (1)
- Unabhängiger Organisator des multidisziplinären Ansatzes (« organisateur indépendant de l'approche pluridisciplinaire ») (2)
- Sequentielle Organisation: „Think tank“ (Reflexion), „Task force“ (Vorschläge) und „comité de suivi stratégique“ mit operativem Sekretariat (Entscheidungen und (politische) Orientierungen; „watch dog“; „steering committee“) (2)
- Collaborative change making (3)

Beispiele von Governance-Prozessen/Strukturen:

- Climate Finance Taskforce (2)
- Nachhaltigkeitspolitik (3)
- Naturschutzpolitik (4)
- Klimapakt (3)
- Freiwillige Vereinbarungen (3)
- Governance in Finnland und Dänemark (2)
- Internationaler Austausch („peer learning“) (4)
- Sociocracy 3.0 (sociocracy30.org; s3lf.org) (2)